

Zeitschrift: Centrum : Jahrbuch Architektur und Stadt
Herausgeber: Peter Neitzke, Carl Steckeweh, Reinhart Wustlich
Band: - (1997-1998)

Artikel: Von der Raserei der Bereicherung : Bestandsaufnahme, Aussichten
Autor: Neitzke, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1072646>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Peter Neitzke

Von der Raserei der Bereicherung

Bestandsaufnahme, Aussichten

Das Wörterbuch des Neoliberalismus beschränkt sich auf wenige, weltweit gehandhabte Begriffe: Lohnflexibilisierung, Downsizing, Haushaltskonsolidierung, Privatisierung, Senkung der Steuern auf Vermögen und Kapitalanlagen sowie der Körperschaftssteuer, Kürzungen bei staatlichen Dienstleistungen, Einsparungen bei den Sozialleistungen. Diejenigen, die die wirtschaftspolitische Diskussion unter diesen Lösungen führen, schätzen es, sich *zugleich* in die Tradition des politischen Liberalismus vergangener Tage zu stellen, als ginge es ihnen in erster Linie darum, die Freiheit des Einzelnen und dessen Rechte zu achten und zu garantieren.

Dem Wörterbuch des Neoliberalismus fehlen jedoch die sonst üblichen Querverweise – die soziale Wirklichkeit bietet ja ausreichend Anschauungsmaterial: Fabrikschließungen, Millionen, deren Arbeitskraft nichts mehr zählt, Millionen, für die die „Informationsgesellschaft“ nur noch eine einzige, für viele allerdings lebensentscheidende Information bereit hält: ausgemustert. Millionen, die plötzlich nicht mehr weiterwissen.

Ratlosigkeit oder gar Verwirrung insbesondere unter denen, die sich, wenigstens im Grundsatz, über die ökonomischen Wurzeln des Elends einmal im klaren waren: „Die lähmende Globalisierungsangst“, steht in einem in der Rubrik *Hintergrund* veröffentlichten Zeitungsbeitrag, „wirkt wie ein hämisches Echo auf das sozialistische Fortschritts-Pathos vergangener Tage.“¹

„Das bekommen die Unternehmen zu spüren, das bleibt aber auch den Menschen nicht verborgen.“

„Mit den Zeiten ändern sich die Menschen“, schreibt Volkswirt Professor Dr. Gerhard Fels. Und da er sich als Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft qua Amt um dieselbe sorgt und *die Menschen* aus dem Schlaf der Immobilität wachrütteln will, lässt er der Übersetzung des lateinischen Diktums zwei Sätze folgen, die mit der rauen Wirklichkeit vertraut machen sollen: „Die Zeiten haben sich geändert“ und – die Reihenfolge ist bezeichnend – „Das bekommen die Unternehmen zu spüren, das bleibt aber auch den Menschen nicht verborgen.“ Unter den „Menschen“ mehrten sich, beobachtet Fels, bedauerlicherweise „Angstmacher und Bedenkenträger“, die „wortgewandt [...] den Weltmarkt als Schuldigen an steigender Arbeitslosigkeit und sonstigen Krisenerscheinungen“ be-

zeichneten. Manche seien sogar der Meinung, „die Industrieländer seien in eine Globalisierungsfalla getappt, und prognostizieren einen Angriff auf Wohlstand und Demokratie“. Vermutungen, die selbstverständlich ganz und gar unbegründet seien. Die Unternehmen hätten zwar offensichtlich „Freiheitsgrade dazugewonnen“, und „internationale Absprachen über Mindeststandards“ seien „weder sinnvoll noch durchsetzbar [...], jedenfalls dann, wenn sie nennenswert über die Garantie der Menschenrechte“ hinausgingen – als ob irgendwo in der Welt davon die Rede sein könnte, daß die in der UNO-Menschenrechtscharta formulierten Rechte auch nur ansatzweise beachtet würden. Die „Gewinner einer zunehmenden internationalen Verflechtung“ seien jedoch letztlich „die Verbraucher“. Sie profitierten „von einer breiteren Warenpalette und günstigeren Preisen“. Wenigstens diejenigen, wie zu ergänzen wäre, die nach einer gründlichen „Therapie der Beschäftigungssklerose“ und in Zeiten des „jobless growth“ als Lohn- bzw. Gehaltsempfänger übrigbleiben. Zwei von zehn, wie längst befürchtet wird.²

Im Gebäude der Deutschen Bank in München lehrt eine Inschrift die Kunden, Ideen taugten nur dann etwas, wenn sie zu Märkten würden.³ Dabei ist die einzige „Idee“, die das Kapital wirklich interessiert, der Markt. Der Weltmarkt vor allem.

,Globalisierung‘ oder: Zum Verhältnis von Politik und Ökonomie

Um einen „geschickten Schachzug einiger verschlagener neoliberaler Strategen“ (Fels) handelt es sich bei all dem in der Tat nicht. Und ebenso irrt, wer sich (und andere) damit zu beruhigen trachtet, daß zwischen den „Globalisierungsstrategien“ der Antike und dem kapitalistischen Weltmarkt, zwischen den Aktivitäten der italienischen, holländischen und deutschen Welthandelsgesellschaften des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit und denjenigen der „global players“ prinzipielle Unterschiede nicht bestünden. „Es unterliegt keinem Zweifel“, schreibt Karl Marx im dritten Band des *Kapital*, „daß im 16. und 17. Jahrhundert die großen Revolutionen, die mit geographischen Entdeckungen im Handel vorgingen und die Entwicklung des Kaufmannskapitals rasch steigerten, ein Hauptmoment bilden in der Förderung des Übergangs der feudalen Produktionsweise in die kapitalistische. Die plötzliche Ausdehnung des



Scudder Homes, Central Ward, Newark, Juli 1986
Geräumtes Wohngebäude mit zugeschweißten Eingängen

Central Ward, Newark, Juni 1987. Demonstranten vor der speziell für die ‚Implosion Ceremony‘ errichteten Tribüne mit Redner

Central Ward, Newark, Juni 1987. Lokalpolitiker und Repräsentanten der Eigentümer vor einer das zusammenbrechende Gebäude verdeckenden Rauchwolke

Aus: Camilo José Vergara, *The New American Ghetto*, 1997

Weltmarkts, die Vervielfältigung der umlaufenden Waren, der Wetteifer unter den europäischen Nationen, sich der asiatischen Produkte und der amerikanischen Schätze zu bemächtigen, das Kolonialsystem, trugen wesentlich bei zur Sprengung der feudalen Schranken der Produktion.“ Die „Notwendigkeit, auf stets größerer Stufenleiter zu produzieren“, treibe „zur beständigen Ausdehnung des Weltmarkts, so daß der Handel hier nicht die Industrie, sondern die Industrie beständig den Handel revolutioniert“⁴.

Wäre Globalisierung⁵ damit nichts weiter als die Logik einer Entwicklung, die historisch mit der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals begann und in dessen unumschränkte, weltweite Herrschaft mündete?

„Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel“, steht in einem analytisch ebenso scharfsinnigen wie hellsichtigen, allerdings knapp 150 Jahre alten politischen Manifest, das sich stellenweise wie ein Text zur aktuellen Lage läse, wenn man seinen sprachlichen Gestus stillschweigend modernisierte. „Überall muß sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen. [...] Die Bourgeoisie hat durch ihre Exploitation des Weltmarkts die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch verändert.“⁶

Daß das – in Deutschland erst im 19. Jahrhundert zur politischen Herrschaft gelangte – Bürgertum den Staat einmal als „Ausschuß“ zur Verwaltung seiner „gemeinschaftlichen Geschäfte“ betrachtete⁷, ist eine Sache. Eine andere, daß es zum Wesen der auf dem Weltmarkt ausgetragenen Konkurrenz sich fortlaufend modernisierender Kapitale gehört, sich konventioneller Instrumente wie des Staates, der in der Periode der Herstellung des Weltmarkts als „ideeller Gesamtkapitalist“ (Marx) die Interessen des gesamten nationalen Kapitals förderte und gegen Angriffe schützte, nicht mehr in der gewohnten Art und Weise zu bedienen. Die lange Zeit befolgte Empfehlung des englischen Nationalökonom John Maynard Keynes, der Staat müsse sich bei zurückgehender Konjunktur als Investor betätigen, um ökonomische und soziale Einbrüche zu vermeiden bzw. wenigstens kalkulierbar zu machen, gilt nach wie vor – und dennoch nicht mehr in derselben Weise. Das Kapital empfängt zwar Staatsaufträge in teilweise beträchtlicher Größenordnung, sieht sich jedoch umgekehrt nicht als Partner eines Vertrages. Was heute Globalisierung genannt wird, belegen sprunghafte Börsenbewegungen und enorme Fi-

nanzverschiebungen innerhalb kürzester Zeiträume und auf weltweit vernetzten Märkten. Entscheidend aber ist die Funktionalisierung nicht mehr nur der nationalen, sondern auch der internationalen Politik zugunsten der Interessen jener Teile der Wirtschaft, die man einst das ‚große Kapital‘ oder die ‚großen Monopole‘ nannte und tunlichst – und der Sache angemessen – auch weiterhin so nennen sollte. Globalisierung ist in der Tat eine Internationalisierung der Aktivitäten großer Unternehmen, Banken und Versicherungen, die weltweit immer neue Produktions- und Verwaltungsstandorte aufbauen und dabei selbstverständlich Kostengesichtspunkten folgen, das heißt: in großem Umfange rationalisieren, also auch Arbeitsplätze in bislang ungekannten Dimensionen abbauen und die Einkommensstrukturen weltweit nach unten nivellieren. Eine Entwicklung, die in Deutschland insbesondere auf dem Bausektor und im Bereich der 610-Mark-Jobs weit fortgeschritten ist.

Tatsächlich ist Globalisierung das Wort, mit dem jedweder Kritik oder auch nur dem vorsichtigsten Zweifel begegnet wird. Wer in Deutschland – in einigen Ländern des europäischen Auslands, in den Niederlanden beispielsweise, ist diese Debatte bereits Geschichte – an sozialen Mindeststandards und Absicherungen festhält, kennt längst die geläufige Antwort: dann gingen die Investitionen eben ins Ausland. Dabei verzichten wenigstens diejenigen, die die politischen Geschäfte in Deutschland derzeit führen, von vornehmerein auf alle eigenen Vorstellungen – und dies in einer Zeit, in der die Staatsquote – das heißt: die Summe aller über den Staat vermittelten wirtschaftlichen Transfers jeder Art – bei über 50 Prozent liegt und eher noch wächst als abnimmt, was übrigens der Tendenz nach für nahezu alle modernen Industriestaaten gilt, für das ‚entstaatlichte‘ England nicht weniger als für die ‚sozialstaatlich sklerotisierte‘ Bundesrepublik.⁸

Vergleicht man die durchschnittliche Auffassung von Politik, wie sie die politische Klasse selbst vertritt, mit derjenigen, wie man sie bei den Ahnherren des Liberalismus trifft, dann fällt einem dieser offensichtliche Widerspruch sofort auf. Bereits am Titel der 1776 veröffentlichten Schrift *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*⁹ lässt sich ablesen, daß für ihren Autor, Adam Smith, die wirtschaftliche Gesamtentwicklung eines Staates bzw. einer Nation nicht das Problem betriebswirtschaftlicher Erwägungen, sondern eine *unmittelbar politische* Fra-



ge ist. Aus heutiger Sicht mag das um so mehr erstaunen, als die wirtschaftliche Welt, die Smith für richtig und erstrebenswert gehalten hat und als in deren Dienst stehend er sich verstand, sich in einem Staat entwickelte, der eher dem entsprach, was man in Deutschland abfällig (!) Nachtwächterstaat nannte. Einen Staat also, der seinen Einfluß auf Wirtschaft und Gesellschaft auf das unbedingte Minimum begrenzt und sich ansonsten auf die außen- und sicherheitspolitische Absicherung gesellschaftlicher, nach Adam Smiths Auffassung in erster Linie wirtschaftlicher Entwicklungen zurückzieht.

Die Politische Ökonomie untersucht, schreibt Adam Smith in *Der Wohlstand der Nationen*, „wie ein reichliches Einkommen zu erzielen oder der Lebensunterhalt für die Bevölkerung zu verbessern ist, zutreffender, wodurch der einzelne in die Lage versetzt werden kann, beides für sich selbst zu beschaffen, und ferner erklärt sie, wie der Staat oder das Gemeinwesen Einnahmen erhalten können, mit deren Hilfe sie öffentliche Aufgaben durchführen“. Sie beschäftigt sich also „mit der Frage, wie man Wohlstand und Reichtum des Volkes und des Staates erhöhen kann“¹⁰. In seiner *Theory of Moral Sentiments* (1853) erklärt Smith zudem, daß der Mensch dazu veranlagt sei, sich für das Schicksal anderer zu interessieren und „deren Glück und Wohlbefinden als für sich wichtig betrachtet, obwohl er davon keinen Nutzen hat, außer der Freude, die anderen so zu sehen“¹¹. Genau das unterscheidet seine Rede von der Haltung jener Unternehmer, die mit dem klaren Wissen, die Politik in diesem Punkt uneingeschränkt hinter sich zu haben, den Grundkonsens des Kapitalismus und einer selbst extrem liberalistisch gefaßten Marktwirtschaft ankündigt: die Vertragssidee.

So sehr die ‚global players‘ auf die Notwendigkeit ihrer internationalen Beweglichkeit und damit ihre Unabhängigkeit verweisen mögen, so sehr wäre doch zu bezweifeln, daß etwa die Siemens AG ohne ihre enormen, im Inland wirksamen Staatsaufträge – eine Tatsache, die die Politik als Druckmittel, beispielsweise in bezug auf die Erhaltung oder Neuschaffung von Arbeitsplätzen, einsetzen könnte – auch nur einen Tag ernstlich mit der Konkurrenz auf dem Weltmarkt mithalten könnte. Im klassischen Liberalismus wäre die Haltung unvorstellbar, daß, was den Unternehmen diene, notwendigerweise auch „den Menschen“ zugute komme. In der Sprache des Laissez-faire- oder Markoliberalismus: daß Vertrauen für die Unternehmer letztlich die

Grundvoraussetzung bilde für dauerhaftes Wachstum. Mit anderen Worten: daß Lohnabhängige und Unternehmer, wenn auch mit unterschiedlichen Rechten und Pflichten, Mitglieder *derselben Korporation* namens Marktwirtschaft seien.

Ende der Wohlfahrt

Die ‚Menschen‘ problematisierten all das nicht, solange es Arbeit für alle oder fast alle gab. Ereignisse wie die, daß im Herbst 1996 gelegentlich einer Protestversammlung Mitglieder der IG Metall und der ÖTV vor dem Daimler-Benz-Werk in Stuttgart ‚Brüder zur Sonne zur Freiheit‘ anstimmten¹² und die vom Verlust ihrer Arbeitsplätze bedrohten Ruhrkumpel im Frühjahr dieses Jahres Formen des Widerstands praktizierten, die ihnen die Studentenbewegung hinterlassen hat, brachten zwar etwas Wind in die Nachrichten, ändern aber kein Jota daran, daß von einer weltweiten Entmachtung derer, die die Welt beherrschen, nur noch träumen dürfte, wer sich am Ende seines Lebens nicht vorhalten will, diesbezüglich selbst in seinen Phantasien nichts unversucht gelassen zu haben. Nicht nur setzte die Arbeitermasse ihrer schrankenlosen Unterwerfung unter die Gesetze der kapitalistischen Akkumulation kein Ende, auch die Enteignung der Privateigentümer, die sich, wie Marx es formulierte, mit der „Notwendigkeit eines Naturprozesses“¹³ vollziehen sollte, blieb aus – und mit ihr die Perspektive, daß das Wachstum der Produktivkräfte einst nicht mehr gebannt sein werde „an die Aneignung fremder surplus labour, sondern die Arbeitermasse selbst ihre Surplusarbeit sich aneignen muß“¹⁴.

Seit Mitte der siebziger Jahre ist die Welt von der sogenannten Liberalisierung der Märkte geprägt, von jenen ‚global players‘, die sich zunehmend jegliche Einmischung in ihre Entscheidungen verbitten und dem Staat immer weniger¹⁵ bzw. gar keine Steuern mehr zahlen¹⁶, und von einer – mikroelektronischen – Revolution, die trotz aller ‚Jobwunder‘-Propaganda nicht nur keine neuen Arbeitsplätze schafft, sondern, im Gegenteil, massenhaft vernichtet. Wer in einer solchen Welt aufwacht, startet mit einer nüchternen Bestandsaufnahme. Die ist nahezu identisch damit, was Marktwirtschaftsideologen wie Gerhard Fels empfehlen: sich als „Unternehmer seiner Arbeitskraft [...] als Mitglied der Weltmarkt A.G.“¹⁷ zu begreifen: zu sehen, wo man bleibt – und nicht nur zu hoffen, daß einen die Kräfte nicht

zu früh verlassen, sondern daß bei der Selbstvermarktung nicht auf der Strecke bleibt, ohne das zu leben man sich nicht vorstellen wollte.

Können wir uns vorstellen, wie die Städte aussehen werden, wenn der Staat sich weiter aus seiner Verantwortung für Ordnungs- und Infrastrukturaufgaben zurückzieht? Wenn er daran festhält, jeden Platz im Opernhaus Abend für Abend mit hunderten von Mark zu finanzieren oder Milliarden Mark für Hauptstadtpphantasien vorzusehen, Bezirksbibliotheken aber schließt, Öffnungszeiten öffentlicher Freibäder einschränkt, Kulturbudgets empfindlich kürzt oder streicht? Wenn – zu besichtigen in jeder beliebigen amerikanischen Stadt – Straßen und Trottoirs die Spuren des letzten heißen Sommers noch nach Jahren tragen und Frostaufrübre auf den Straßendecken ebensowenig beseitigt werden? Wenn viele Innenstädte in den Vereinigten Staaten an die großen Städte der armen Länder, aber auch Osteuropas zu erinnern beginnen, weil sich niemand mehr für Sicherungsaufgaben und Instandhaltung zuständig fühlt bzw. weil die Mittel fehlen, den öffentlichen Raum zu pflegen und damit zu erhalten?¹⁸

Zweierlei Antworten

Die reaktionäre Antwort heißt Polarisierung – Ausgrenzung und Selbstabgrenzung, Tendenz: Auszug aus der Gesellschaft. Wenn der Mittelstand sich anschickt, eigene Milizen aufzustellen oder Wachmannschaften anheuert, die den Auftrag haben, „Ruhe und Ordnung“ im Quartier wiederherzustellen oder die „Erlebniswelten“ der Geschäftsstraßen zu sichern. Wenn die Vermögenden das Leben in der Stadt zu riskant finden und in selbsterzeugte *gated communities* wie das im Westen von Groß-São-Paulo angelegte, von meterhohen Mauern umgebene und von Wachmannschaften, Suchscheinwerfern und Sensoren kontrollierte, sinnigerweise, wie in Godards Film, *Alphaville*¹⁹ getaufte Wohlstandsghetto umziehen.

Die an gesellschaftlichen Lösungen interessierte Antwort begegnet Problemen dort, wo sich individuelle und öffentliche Belange berühren oder überschneiden. Wer sich entscheidet, sich gemeinschaftlich mit anderen um eine nicht mehr ausreichend öffentlich finanzierte oder aufgegebene Einrichtung zu kümmern, erklärt damit – und zwar nicht als temporäre Bürgerinitiative, sondern als fortan Gemeinschaftsinteressen wahrnehmendes, sei es auch noch ohne

institutionelle und rechtliche Sicherungen tätiges Kollektivsubjekt – angesichts der Tatsache, daß der Staat untätig bleibt, wenigstens an diesem speziellen Ort, daß Aufgaben, die einmal Aufgaben der öffentlichen Hand waren, ab sofort jenseits staatlicher Aufsicht und folglich ohne jede Einmischung des Staates erledigt werden.

Nach der Selbstverabschiedung des Staats

So durchsichtig das konservative Programm „Hilfe durch Selbsthilfe“ in erster Linie beabsichtigt, die öffentlichen Haushalte zu entlasten, und so einleuchtend es erscheint, alle diejenigen Bereiche, aus denen sich der Staat zurückzieht, in die Verantwortung der Gesellschaft zu überführen²⁰, so problematisch wird die Sache dort, wo Privatinitiativen Bereiche berühren – in Frage stellen oder antasten –, die die Verkehrsformen der Gemeinschaft als ganzer regeln, und dann, wenn der Laissez-faire-Liberalismus nach seinen Vorstellungen auch diejenigen Bezirke des gesellschaftlichen Lebens zu besetzen und umzubauen versuchte, die sich an anderen Zielen als denen der Kostenminimierung und der Gewinnsteigerung orientieren. Es geht hier um nichts anderes, als darum, darauf zu bestehen, daß Ideen auch und gerade dann ihren Ort und ihre Chance brauchen, wo sie nicht oder nicht unmittelbar zu Märkten zu werden versprechen. Darum, daß wir nicht überall dort, wo es eindeutig *nicht* um Produktion und Verkauf geht, von der Raserei des Wachstums und der Bereicherung erfaßt oder erschlagen werden.

Allerdings müßte, wer beispielsweise bereit wäre, sich bei der Instandsetzung von Straßen und Wegen zu engagieren oder Teile des eigenen Einkommens für die Qualifizierung bestimmter Bildungseinrichtungen zu spenden, noch lange nicht einsehen, daß es seines Engagements und seiner auch noch so geringfügigen finanziellen Förderung bedarf, um Menschen zu helfen, die sich aus eigener Kraft nicht in der „Weltmarkt A.G.“ betätigen können und daher vielfältigste Unterstützung benötigen. Gerade weil es in der Logik des zunächst das eigene Interesse verfolgenden Subjekts liegt, sich für das Ganze so gering wie möglich zu engagieren, müssen gesellschaftliche Vereinbarungen gestützt und geschützt werden, die das Wohlergehen der Gemeinschaft als ganzer betreffen.

Die entscheidende Frage ist damit die, wofür Staat *eigentlich* steht, wenn er sich, wie skizziert, aus seiner politischen

Chaotische Stadtlandschaft, Bedford-Stuyvesant,
Brooklyn, 1989
Aus: Camilo José Vergara, *The New American Ghetto*

Verantwortung für das Gemeinwesen weitgehend verabschiedet. Steht er dafür ein, die Gültigkeit bestimmter Regeln des Zusammenlebens nach wie vor als verbindlich zu betrachten und Regelverletzungen nach wie vor auf der Grundlage eines für alle verbindlichen Rechtssystems zu ahnden? Oder beginnt er, die in der Verfassung garantierten Grundlagen des Zusammenlebens in der Praxis zur Disposition zu stellen? Anders gefragt: Wie, auf welcher Ebene und mit welcher Perspektive soll sich der sichtbare und zunehmende Widerspruch zwischen dem, was viele liberal und demokratisch gesinnte Menschen nach wie vor vom Staat erwarten, und einem Staat entwickeln, dessen politische Repräsentanten zu fast allen grundsätzlichen gesellschaftlichen Fragen nicht nur keine Perspektiven entwickeln, sondern großenteils nicht einmal Entwicklungen registrieren, bei welchen – Beispiel Gentechnologie – die höchste Aufmerksamkeit und Eingriffe seitens des Staates geboten wären?

Nicht weniger entscheidend könnte die Frage nach der Bereitschaft sein, sich gegen den Staat dann und dort mit aller Entschiedenheit zu wehren, wo dieser die Grenzen der Subsidiarität überschritten sieht bzw. fürchten muß, daß Menschen sich auch auf Gebieten selbst zu helfen beginnen, die der Staat nach wie vor als sein unantastbares ‚Hoheitsgebiet‘ betrachtet – letztlich also die Frage danach, wo und wie sich der Einspruch gegen die Staatsgewalt formuliert. Die ehemaligen Staatsmonopole Post und Eisenbahn sind weitgehend privatisiert, anderes wird folgen. Wenn die politische Klasse der Bundesrepublik Deutschland in der Forschung und der qualifizierten Bildung weiterhin untätig bleibt, werden auch hier private Initiativen einen Kurswechsel durchzusetzen versuchen, der sich, mehr oder weniger getarnt, an Konzernperspektiven bzw. am Gewinninteresse orientiert. Sich gegen den Staat zu wehren hieße hier

also, auf dem *gesellschaftlichen* Interesse an qualifizierter Bildung zu bestehen und dies politisch durchzusetzen – notfalls, und mit allen Risiken, mithilfe einer Einrichtung, um die die deutsche Verfassung ergänzt werden müßte: mithilfe des Plebiszits.

Das von Unternehmen nicht weniger als von staatlichen Bürokratien inzwischen als gleichsam ‚natürlich‘ bemühte Argument, daß man die Kosten senken müsse, um wenigstens die bisherigen Standards zu erhalten, ist nicht nur an sich perspektivlos, sondern irritiert jede Debatte, wenn es um die Frage geht, wer für dies oder jenes die Kosten zu übernehmen gewillt sei. Wer in den letzten fünf bis zehn Jahren versucht hat, bei vermögenden Individuen oder gewinnstarken Firmen sei es auch vergleichsweise geringfügige Beträge für kulturelle Initiativen oder Projekte lockerzumachen, dürfte es für einigermaßen naiv halten, „auf den Wohlstand, der in der neuen Cyberspace-Ökonomie erwirtschaftet wird, eine geringe Steuer [zu] erheben“, um „die so gewonnenen Mittel in die Stadtteile und Gemeinden, in die Schaffung von Arbeitsplätzen und den Aufbau des sozialen Gemeinwesens umleiten“ zu können – vorausgesetzt, „daß wir unseren Begriff von Politik überdenken“²¹. Und vorausgesetzt, daß die „Cyberspace-Ökonomie“ Jeremy Rifkins Vorschlag bemerkte – und für bedenkenswert hielt.

Das erstarrte politische Denken in Deutschland dürfte erst in Bewegung kommen, wenn das sozialstaatliche Sicherungssystem Millionen von Arbeitslosen in die Armut entläßt. Ob dann an die Stelle einer über Generationen geprägten, letztlich obrigkeitstaatlichen Mentalität, die gesellschaftliche Verantwortung als Domäne staatlicher Bürokratien betrachtete, die massenhafte Bereitschaft zur Selbstorganisation trate? Ob dann aufgeräumt würde, „was die vor uns angerichtet haben“? Ob dann die „Städte wie-



der bewohnbar“ und Aktivitäten entwickelt würden, „die für den Staat zu teuer geworden sind: Parks pflegen“ (wenn es die Lust noch gibt, unter Bäumen zu wandeln), „Bibliotheken betreuen“ (wenn die Bestände bis dahin nicht allzu dürftig sein sollten und Lesen als unausrottbares Bedürfnis überleben sollte), „öffentliche Badestellen beaufsichtigen“²² (was, verglichen mit den Betriebskosten, das geringste Problem sein sollte)?

Die ohne Wohnung und ohne Brot kümmern sich zunächst um sich selbst. Um ihre *politische* Gefolgschaft kümmert sich, in Frankreich und Österreich, eine modernisierte Rechte. Noch sind rechtspopulistisch genannte Führer vom

Typus Le Pen oder Haider in Deutschland nicht auszumachen. Daß sie mit weiter steigender Arbeitslosigkeit, Verarmung und Ausgrenzung ihre Zeit haben werden, ist kaum zu bezweifeln.

Der von der französischen Autorin Viviane Forrester beschworene „Wirtschaftsgenozid“, der sich „der nutzlosen Massen von Arbeits- und Obdachlosen“²³ entledigt, mag nur solchen unverdrossen optimistisch gestimmten Zeitgenossen wie eine Horrorvision vorkommen, die noch nichts davon gehört haben, daß vieles von dem, was Aldous Huxley in seiner negativen Utopie *Brave New World* beschrieben hat, längst Realität ist.

Anmerkungen

Einige der in diesem Text formulierten Überlegungen gehen auf Gespräche mit Ulrich Hausmann zurück, dem an dieser Stelle für seine Kritik und seine Anregungen gedankt sei.

- 1 Simon Heusser, Genossen in Nadelstreifen, *Tages-Anzeiger*, Zürich, 30.4.1997
- 2 Gerhard Fels, Mobile Wirtschaft – immobile Gesellschaft. Die verkannte Chance der Globalisierung, *Neue Zürcher Zeitung*, 26./27.4.1997
- 3 Alexander Kluge, Heiner Müller, „Ich schulde der Welt einen Toten“, Hamburg 1996, S. 51
- 4 Karl Marx, *Das Kapital*, Dritter Band, Berlin 1966, S. 345 f. (Hervorheb. durch mich, PN)
- 5 Hans-Peter Martin, Harald Schumann, *Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand*, Hamburg 1996
- 6 Karl Marx, Friedrich Engels, *Manifest der Kommunistischen Partei*, Marx-Engels-Werke, Bd. 4, Berlin 1964, S. 464
- 7 ebd.
- 8 Ein anschauliches Beispiel liefern die britischen Eisenbahnen. Zwar zahlt heute keine der privaten Betreibergesellschaften mehr einen Heizer auf der E-Lok, so ein Slogan aus den siebziger Jahren, die staatlichen Subventionen an die staatlichen Bahnen sind jedoch von einer Milliarde Pfund auf zwei Milliarden Pfund an die privaten Bahnen gestiegen.
- 9 Adam Smith, *Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen*, dt. Von Horst Claus Recktenwald, München 1996
- 10 A.a.O., S. 347
- 11 A.a.O., S. XXXVI. Freilich wußte Adam Smith auch, „daß der einzelne in seinem Streben nach materiellen und sozialen ‚Fortschritt‘ tatsächlich Ziele mit einem Eifer verfolgt, der ihn gleichsam blind für das Angemessene seines Tuns werden läßt und der damit für andere Nachteile haben kann“, so daß es „in bestimmten Fällen notwendig sein“ könne, „die Beachtung der Regeln durch ein *System positiver Gesetze*, das ein Gemeinwesen handhabt, zu überwachen und mit Zwang *durchzusetzen* [...].“, in: Adam Smith, a.a.O., Würdigung, S. XXXVIII f.
- 12 Vgl. Mathias Greffrath, Beitrag ‚Modell Deutschland‘, in: *Le Monde diplomatique*, Nr. 12, Dezember 1996
- 13 Karl Marx, *Das Kapital*, Bd. 1, Berlin 1962, S. 791

14 Karl Marx, *Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie (Rohentwurf) 1857–1858*, Berlin 1953, S. 596

15 „... folgte die konservativ-liberale Koalition den Forderungen aus Industrie und Banken nach einem Umbau des Steuersystems. Gleich zweimal senkte sie in letzter Zeit den Satz für die Körperschaftssteuer, also die Gewinnabschöpfung bei den Großunternehmen. Auch der Spaltensteuersatz wurde um fünf Prozent herabgesetzt. Spurhaft nahm zudem die Zahl der Abschreibungsvergünstigungen für Selbständige zu.“ Martin/Schumann, S. 101

16 Martin/Schumann S. 271 f. nennen den Automobilhersteller BMW, der 1988 noch rund 545 Mio. Steuern zahlte, 1992 nurmehr 31 Mio. und 1993 „trotz insgesamt steigender Gewinne und unveränderter Dividende“ Verluste auswies und 31 Mio. Mark vom Finanzamt zurückerstattet bekam; den Siemens-Konzern („Von den 2,1 Milliarden Mark Gewinn des Geschäftsjahres 1994/95 bekam der deutsche Fiskus nicht einmal mehr 100 Millionen, im Jahr 1996 zahlte Siemens gar nichts mehr.“) und die Commerzbank, deren Gewinn sich von 1994 auf 1995 auf 1,4 Milliarden Mark verdoppelte, während sich die Zahlungen an den Fiskus auf weniger als 100 Millionen Mark halbierten.

17 Mathias Greffrath in seinem Beitrag *Das Brot dünn auf die Butter streichen*, vgl. S. 9 ff. der vorliegenden Ausgabe von CENTRUM

18 Vgl. hierzu Werner Sewings Besprechung von Camilo José Vergaras Buch *The New American Ghetto* vorn in dieser Ausgabe von CENTRUM

19 Vgl. Martin/Schumann, a.a.O., S. 235 f., sowie R. Lopez, Neue soziale Apartheid – Festungsstädte nur für Reiche, in: E. Blum (Hg.), *Wem gehört die Stadt? Armut und Obdachlosigkeit in den Metropolen*, Basel 1996, S. 51 ff.

20 Jeremy Rifkin, Die dritte Säule der Gesellschaft, in: *Die Zeit*, 2.5.1997, erinnert daran, „daß sich im Verlauf der Geschichte soziale Gemeinschaften immer vor den Märkten und Regierungen etablierten und sozialer Austausch immer dem Warenaustausch voranging“.

21 ebd.

22 Greffrath, a.a.O.

23 Vgl. W. Proissls Besprechung ihres Buches ‚L’horreur économique‘, Paris 1996, in: *Die Zeit*, 2. 5. 1997. Vgl. dazu meinen Aufsatz „etwas zu zeigen, bevor es da ist“: Jean-Luc Godards Alphaville nach dreißig Jahren, in: CENTRUM. Jahrbuch Architektur und Stadt 1996, S. 60 ff.